



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886880

P/XV/124 - 31. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 1 - 2 | <u>Das Ansehen der deutschen Demokratie (III und Schluß)</u> Von Fritz Erler, MCB | 81 |
| 3 | <u>Die militärische Demokratie in der Türkei</u> Wird es bei der bisherigen Aussenpolitik bleiben? Von Dr. Basil Mathiopoulos | 49 |
| 4 - 5 | <u>"Die Ostsee - ein Meer des Friedens"</u> Kommunistische Konkurrenzunternehmen gegen "Kieler Woche" | 66 |
| 6 | <u>Sieg über die Malaria in Frage gestellt</u> Finanzielle Mittel fehlen Von Bruno Kuster, Genf | 51 |
| 7 | <u>Chile, das Land der zitternden Erde</u> Fünf Erdbebenkatastrophen in einem halben Jahrhundert Von einem gelegentlichen Mitarbeiter | 55 |

* * *
* * *

Das Ansehen der deutschen Demokratie (III und Schluß)

Von Fritz Erler, MdB

Minister Oberländer ist gegangen. Allzu lange hat er auf der Regierungsbank gesessen. Das hat der Bundesrepublik im Ausland geschadet und dem Ansehen der demokratischen Einrichtungen in unserem Volke nicht gedient.

Befürchtungen...

Von diesen Zusammenhängen bekam ich bei der Fahrt durch Kanada einiges zu spüren. Man fragte dort nicht nur nach Oberländer und seinesgleichen, sondern beklagte sich auch bitter über den Versuch der Bundesregierung, mit Franco-Spanien zu einer militärischen Zusammenarbeit zu kommen. Dabei ging es den Kanadiern nicht nur um den dort im Gegensatz zu Deutschland bekannten antidemokratischen und infolgedessen mit der Zugehörigkeit zur NATO unvereinbaren Charakter des Franco-Regimes, sondern auch darum, daß die Bundesregierung die kleineren NATO-Partner, darunter auch Kanada, vor ihren Absichten selbst dann nicht unterrichtete, als die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich verständig wurden. Kanada ist sehr empfindlich, wenn man versucht, in der NATO verschiedene Klassen von Mitwirkungsberechtigten zu schaffen. Es hat Verständnis für Arbeitsteilung bei den militärischen und Rüstungswirtschaftlichen Aufgaben. Aber es will gehört werden bei allen Entscheidungen, die die Allianz und ihre Politik berühren. Die antisemitischen Zwischenfälle um die Jahreswende haben jetzt noch in Kanada fortgewirkt. Der starke geistige Einfluß Großbritanniens auf Kanada ist unverkennbar. Die Abkühlung des deutsch-britischen Verhältnisses hatte leider auch in der öffentlichen Stimmung in Kanada einige Auswirkungen. Natürlich haben darüber hinaus Herr Ulbricht und seine Mannen auf jede erdenkliche Weise versucht, die geschilderten Zustände für ihre propagandistischen Zwecke auszunutzen.

... und Klarstellungen

Deshalb war es außerordentlich nützlich, durch einen Sprecher der Opposition die Gewichte wieder einigermaßen richtig darzustellen. Trotz des Herrn Oberländer und der geschilderten Zwischenfälle ist in der Bundesrepublik keine Gefahr einer Machtergreifung durch neofaschistische Kräfte vorhanden. Es gibt lebhaftes Auseinandersetzen zwischen den großen, diesen Staat tragenden demokratischen Parteien. Sicher ist dabei auf der Seite der Regierung und der Mehrheitspartei in Bonn eine beklagenswerte Neigung zum Rückfall in obrigkeitstaatliche Denken zu verzeichnen. Aber mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hat das nicht das Geringste zu tun. Im westlichen Ausland ist man allzu leicht geneigt, die neue deutsche Demokratie mit Bundeskanzler Dr. Adenauer zu identifizieren. Es

wäre schlimm um die Demokratie bestellt, wenn das richtig wäre. Es ist bedauerlich, daß die deutsche Regierungspropaganda in die gleiche Kerbe gehauen hat. Wer in der Welt draußen den Eindruck erweckt, die Demokratie in der Bundesrepublik stehe und falle mit der Persönlichkeit des Bundeskanzlers, der schafft Misstrauen gegen jeden denkbaren Kanzlernachfolger, selbst wenn er aus den Reihen der CDU käme. Man darf es nicht dahin kommen lassen, daß es heißt, nach dem Ausscheiden Dr. Adenauers aus der Politik würden die Dinge in der Bundesrepublik außer Hand und Band geraten. Ein Wechsel der Regierungsmannschaft wird die Demokratie in unserem Staat nicht schwächen, sondern stärken. Ein solcher Wechsel ist völlig normal. Er gehört zu den Kennzeichen einer lebendigen Demokratie. Eine Partei, die allzu lange an der Macht ist und erfolgreich versucht, die Machtausübung ernsthafter Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit zu entziehen, wird im Gebrauch der Macht zu unbedenklich und zu starr. Die Beamtenschaft steht dann in Gefahr, vom Diener des Ganzen zum Befehlsempfänger der herrschenden Partei zu werden. Auch die Moral des öffentlichen Dienstes gerät in mancherlei Versuchungen. Deshalb ist eine Auffrischung durch einen Wechsel der regierenden Partei und der regierenden Mannschaft kein Unglück, sondern ein Wohltat für unser Staatswesen.

Es geht um das richtige Bild

Stett auch im Ausland Vertrauen für das ganze deutsche Volk und alle demokratischen Kräfte zu wecken, hat die Kanzlerpropaganda das Ansehen des Kanzlers auf Kosten des Vertrauens zum Volk gestärkt, damit sein Ruhm nur desto heller strahle. Dabei ist der derzeitige Regierungschef doch wirklich kein Jüngling mehr. Sein Ausscheiden aus der aktiven Politik ist in überschaubarer Zeit unvermeidlich. In diesem Fall darf es keine Vertrauenskrise zum deutschen Volk geben. Deshalb ist es so notwendig, anderen Vätern und Regierungen ein zutreffendes Bild von der wirklichen Struktur der politischen Kräfte in Deutschland und der demokratischen Zuverlässigkeit auch und gerade der oppositionellen Alternativpartei zu geben. Wenn Besuche von Politikern aus Regierung und Opposition in anderen Ländern zeigen, wie breit die Zahl der demokratisch wirksamen Persönlichkeiten in unserem Lande ist, dann haben solche Reisen für unser Land und unser Volk ihre besondere Bedeutung.

+ + +

Die militärische Demokratie in der Türkei

Von Dr. Basil Mathopoulos

Innere Ruhe ist die Türkei wieder eingeleitet. Mit Spannung erwartet man nun im Ausland die zukünftige Außenpolitik der Militärregierung, bzw. des auf sie folgenden demokratischen Regimes. Es wäre vielleicht zu erwarten, daß gerade die Militärs ihren Pflichten gegenüber der NATO strengstens nachzukommen gedenken, und wirklich heißt es ja in der offiziellen Erklärung des Komitees "Nationale Einheit" - als die sich die Militärjurta selbst bezeichnet -, die Türkei werde gegenüber der NATO und der SEATO die alte Politik weiterführen; dennoch scheint es nicht unmöglich, daß diese Betonung in Augenblick eine taktische Maßnahme ist, mit der die Neutralität des Auslandes gegenüber den Vorgängen in der Türkei sichergestellt werden soll.

Die Türkei war unter Menderes, dessen undemokratische Maßnahmen vom westlichen Ausland mit großzügiger Zurückhaltung vermerkt wurden, wegen ihrer geographischen und strategisch wichtigen Lage ein bevorzugter Partner des Westens. In der Dulles-Epoche galt die Türkei als erklärtes Lieblingskind der USA und wurde nicht selten als "Bastion des Friedens im Nahen Osten gegenüber dem Kommunismus" bezeichnet. England war sogar bereit, um der Freundschaft zur Türkei willen erhebliche Opfer zu bringen und zog die Spaltung der arabischen Welt mit dem inzwischen gescheiterten Bagdad-Pakt einer Freundschaft zur Türkei durchaus vor.

Der 1954 geschlossene Balkan-Pakt, den Jugoslawien, Griechenland und die Türkei vorseinbarten, nur nach dem Sturz des Ministerpräsidenten Menderes neu auflösen wird, nachdem er praktisch nur noch auf dem Papier besteht und sich eigentlich als Fehlgewinn erwiesen hatte, muss abgewartet werden.

Während Chruschtschow anlässlich einer Rede vor Anleitern im Kreml gegenüber der neuen Regierung ein lächelndes Gesicht zeigte und auf eine gute Zusammenarbeit hofft, wurde die Nachricht vom Sturz Menderes' auf der Insel Zypern mit Freude zur Kenntnis genommen. Die Zypernverträge von London und Zürich erfüllen bekanntlich nicht alle Wünsche der Zyprioten. Da sie aber zu einem nicht geringen Teil das Werk des Herrn Menderes sind, und da auch England und die Öffentlichkeit Griechenlands gewisse Bedenken gegenüber den Verträgen geäußert haben, erhofft man sich nun doch noch eine Revision der Verträge.

Wie immer sich die Zukunft der Türkei gestalten wird, in jedem Fall wird für die den Lande Verbündeten Nationen manches davon abhängen. Vermutungen, die von einer wesentlich elastischeren Politik der zukünftigen Regierung gegenüber der Sowjetunion wissen wollen, finden jedenfalls in den Verlautbarungen General Gürsels und des Komitees "Nationale Einheit" keine Bestätigung. Da auch die von Menderes geplante Reise nach Moskau, die im Juni stattfinden sollte, nur nicht zustandekommen wird - sie war als deutlicher Wink an Amerika gedacht, mit den Subventionen gegenüber der Türkei großzügiger zu verfahren - ist der Weg frei für eine demokratische und freiheitliche Politik in der Türkei, ganz gleich, welche Partei aus Ruhezustand kommen wird.

"Die Ostsee - ein Meer des Friedens"

mu. - In Kopenhagen, Oslo, Stockholm und Helsinki kann man in diesen Tagen feststellen: Die Propaganda der Ostzone, die kommunistisch gelenkte Werbeaktion für die Rostocker "Ostseewoche" läuft bereits jetzt auf Hochtour. Die Zone wirbt mit ganzseitigen Zeitungsannoncen, Plakaten über ihre Verkehrs- und Handelsmissionen und vor allem auch bei den "kommunistischen Bruderparteien". Die Losung für die "Internationale Ostseewoche" lautet natürlich: "Die Ostsee - ein Meer des Friedens".

Offensichtlich legen es die kommunistischen Machthaber in Pankow darauf an, der "Kieler Woche", die vom 18. bis zum 26. Juni stattfindet, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Rein äußerlich scheint ihnen das auch gelungen zu sein, wobei ihre Propaganda natürlich mit den Millionen eines zentral gelenkten Staatsapparates gespeist wird, während die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel eben für ihre "Kieler Woche", die diesmal der Verbindung nach Skandinavien stärker dienen soll als früher, nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen.

Dabei wird in Kiel diesmal wirklich etwas geboten. Vorträge des Kopenhagener Universitätsprofessor Hammerich, des Direktors der Pädagogischen Hochschule Helsinki Ruuta, des dänischen Finanzministers Philip, des österreichischen Außenministers Krcfsky sowie des Rektors der Straßburger Universität Angoles stehen auf dem Programm. Eine Ausstellung des norwegischen Kunsthandwerks, ein internationales Gymnastikereifen, ein Gastspiel des Französischen Ballets und ein Empfang der deutsch-skandinavischen Gesellschaft sind ferner unter anderem vorgesehen.

Die Zonenbehörden wollen erreichen, daß etwa 5 000 Skandinavier zu ihrer "Ostseewoche" kommen. Für einen zehntägigen Aufenthalt soll man dabei nur 75,- Ostmark zahlen - auch ein Zeichen dafür, daß die ganze kommunistische Propagandaveranstaltung der Zone mit hohen Staatsgeldern subventioniert wird. Zweifellos werden aber auch nach Kiel 5 000 Skandinavier kommen, und zwar freiwillig, gern und unsubventioniert.

Im Hintergrund der ostzonalen Propagandawelle um Rostock aber steht schließlich das Bestreben der Zone, im skandinavischen Raum eine diplomatische Anerkennung vorzubereiten. Wenn man auch in den nordischen Metropolen bereit ist, mit der Zone Handel zu treiben, und verkehrstechnische Vereinbarungen zu schließen, so reagiert man doch sofort hellhörig, wenn es da um die Propaganda geht, die eine Anerkennung vor dem Hintergrund der leicht durchschaubaren Triebensoffensive anstrebt.

In Göteborg hat die Messleitung erst kürzlich eingegriffen, als auf dem Ausstellungsstand der Zone Propagandamaterial verteilt wurde, das auf eine Diskriminierung der Bundesrepublik abzielt. Die schwedischen Zeitungen bringen zwar ihre Sorge vor einer möglichen atomaren Aufrüstung der Bundeswehr zum Ausdruck, erklären aber wesentlich schärfer, daß die Aufrüstung in der Sowjetzone, wo unter Einbeziehung der paramilitärischen Organisationen jeder fünfzehnte Bürger Soldat sei, ganz entschieden abgelehnt wird. Man wendet sich auch nachdrücklich dagegen, dass die Führerschiffe auf der Route Sassnitz-Trelleborg, wofür ja bei Lübeck jetzt ein Zonenübergang geschaffen worden ist, zum Funktionärstreffplatz der Kommunisten aus Skandinavien und der Sowjetzone gemacht werden.

Die Kommunisten planen in den nächsten Wochen über ihren sogenannten Freien Deutschen Gewerkechaftsbund in großem Ausmaß Einladungen in die Bundesrepublik zu verschicken. Es sollen da vor allem Betriebsräte, Gewerkechaftsangehörige und Sozialdemokraten angesprochen werden. Man möchte diesen Personenkreis zum Aushängeschild eines "einheitlichen Deutschlands kommunistischer Prägung" gegenüber den Skandinaviern missbrauchen. Selbstverständlich wird man diesen Einladungen, die natürlich einen kostenlosen Aufenthalt in Rostock auf Kosten der Arbeitnehmer in den kommunistischen Staatsbetrieben versprechen, die kalte Schulter zeigen. Bei denen, die am Ende überfahren wird es sich dann nur noch um einige eingetriggerte Kommunisten handeln, die bereits früher als Funktionäre der in Bundesgebiet vorbotenen KP angehörten.

Sieg über die Malaria in Frage gestellt

Von Bruno Kuster, Genf

Der dreizehnten Weltgesundheitskonferenz, die soeben in Genf ihre Arbeiten beendet hat, ist es noch nicht gelungen, die für die endgültige Ausmerzung der Malaria benötigten finanziellen Mittel zu beschaffen. Ihr Präsident, der Neuseeländer Dr. H. B. Turbett, bestätigte erneut die Auffassung, daß die Überwindung der Malaria, der noch hunderte Millionen Menschen unterworfen sind, von medizinisch-technischen Standpunkt aus möglich ist. "Es handelt sich nur um eine Geldfrage. Wir fordern die Regierungen heraus. Gebt uns die nötigen Mittel, und die Malaria wird besiegt sein." Wird der Vernichtungsfeldzug gegen diese Krankheit nicht rasch und entschlossen zu Ende geführt, besteht die große Gefahr, daß bereits gesäuberte Gebiete erneut in Mitleidenschaft gezogen werden.

Es ist deshalb sehr einleuchtend, daß die für die Gesundheit ihrer Völker verantwortlichen Persönlichkeiten an einer baldigen Abrüstung lebhaft interessiert sind, um einen Teil der dadurch befreiten Mittel für Zwecke der Volksgesundheit verwenden zu können. Die Konferenz faßte dann auch in diesem Sinne eine Entscheidung, ohne allerdings dem Druck der sowjetischen Delegation zu erliegen, die versuchte, die Konferenz für ihre gegenwärtigen aussenpolitischen Thesen einzuspinnen.

Die Bekämpfung der Pocken hat ebenfalls schon so ermutigende Erfolge zu verzeichnen, daß man auf die endgültige Überwindung dieser Krankheit hinarbeiten kann. Die am meisten betroffenen Länder sind Indien und Pakistan, die mit internationaler Unterstützung große Impfkampagnen durchführen. Denn solange auf der Erde noch Ansteckungsherde vorhanden sind, ist die Gefahr, daß auch längst pockenfreie Völker erneut befallen werden, nicht gebannt.

Der Schutz der Bevölkerung vor der Gefahr radioaktiver Strahlung ist eine verhältnismäßig neue, aber ausserordentlich verantwortungsvolle Aufgabe der Weltgesundheitsorganisation, die ihre Anstrengungen darauf ausrichtet wird, die Gesundheitsbehörden in Fragen der Ausbildung spezialisierten Personals und des Erlasses von Sicherheitsvorschriften zu beraten.

Die Konferenz hat ferner ein Programm der Verstärkung der medizinischen Forschungen bewilligt und die Bedeutung unterstrichen, die der Ausbildung von Fachkräften in den grundlegenden Wissenschaften für die medizinische Forschung zukommt.

Das hohe Ansehen, das die Weltgesundheitsorganisation vor allem dank ihres umfassenden Programmes der technischen Hilfe genießt, wird unter anderem durch die Tatsache unterstrichen, daß eine ganze Reihe neuer Staaten, die soeben ihre Unabhängigkeit erlangt haben oder demnächst erlangen werden, bereits um Aufnahme gebeten hat. So konnten an der letzten Tagung Kamerun, Koweit, Togo, Zypern, Zentralafrikanische Republik, Kongo, Elfenbeinküste, Gabon, Republik Haute-Volta, Nigeria und die Mali-Föderation aufgenommen werden. Auf amerikanischer Antrag hin wurde beschlossen, im Budget der Organisation, das beinahe 19 Millionen Dollars erreicht, einen Betrag von 200 000 Dollars für die besonders dringlichen Bedürfnisse der jungen Staaten zu reservieren. Auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes wird die Notwendigkeit einer vertrauensvollen und lückenlosen internationalen Zusammenarbeit besonders deutlich empfunden. Ein Versagen der Wachsamkeit würde sich, da die Menschheit immer näher zusammenrückt, katastrophal auswirken.

Chile, das Land der zitternden Erde

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Eine in ihren Ausmaßen noch nicht zu überbietende Erdbebenkatastrophe hat den Blick der Welt auf eines der politisch ruhigsten und zurückhaltendsten, geografisch und geologisch sehr eigenartigsten und tragischsten Länder der Welt gerückt: Chile. Geografisch gesehen mit einer Länge von den Subtropen bis zur Antarktis und seiner höchsten 350 Kilometer erreichenden Breite, wird Chile in seiner eigenen Literatur als "Land einer verrückten Geografie" genannt. Die eigentliche Tragödie jedoch entspringt dem geologischen Charakter. Bis zu 6 000 Meter hochsteigend durchzieht eines der jüngsten und zerklüftesten Gebirge der Erde, die Anden, das Land. Über 50 Vulkane krönen die Andenketten, davon 16 in Tätigkeit. Mindestens zwei grosse Erdbeben besorgte die unheimliche geologische Gestaltung in jedem Jahrhundert dem sonst fruchtbaren, an Erdschätzen reichen Chile.

Über die Erdbeben in der rein indianischen Zeit liegen keine Berichte und Daten vor. Die das Land im 16. Jahrhundert erobernden Spanier verzeichneten das erste Erd- und Meerbeben im Jahre 1550. Es traf dieselbe Hafenstadt, die gegenwärtig wieder stark angeschlagen wurde, Concepcion. Seit jenem Jahr reißt die Aufzeichnung von Erdbebenkatastrophen nicht ab. Schon 25 Jahre später, im Jahre 1575 bebten Meer und Erde um Valdivia, 1587 wurde die Hauptstadt Santiago und ihr Hafen, Valparaiso zum grossen Teil zerstört. Im darauf folgenden Jahrhundert wurde wieder Mittelchile um Concepcion heimgesucht. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es drei grosse Erdbeben, die fast das ganze Land, von der Hauptstadt bis zum Inselgebiet im Süden um Chiles durchwühlten. 1906 brachen die stolzen Kaufmannspaläste und die zu den Villenvierteln auf den Felsbügeln führenden Drahtseilbahnen sowie der gerade modern ausgebaute Hafen Valparaisos in dem ersten Erdbeben unseres Jahrhunderts zusammen. 1936 folgte eine noch grössere Katastrophe. Wieder schlug sie über Mittelchile zusammen. 20 Städte und Dörfer wurden vernichtet, 30 000 Menschen verloren ihr Leben in den zusammenbrechenden Häusern, in den auf den Wegen sich öffnenden Klüften, weitere 70 000 wurden nach sechs Tagen Erdbeben obdachlos. In die Hälfte der Steinkohlenschächte an der Küste bei Concepcion brach das Meer ein. Aber mit dieser Grosskatastrophe begnügte sich die zitternde Erde Chiles nicht. 1949 und 1954 gab es, zuerst im Norden, dann im Süden, wieder Erdbeben. Damit macht Chile in unserem Jahrhundert mit der neuen Katastrophe schon die fünfte Tragödie durch!

Die Vulkanausbrüche sind in Chile nicht gezählt worden. In der Literatur erscheinen seit 1845 über 15 Ausbrüche, die Felder und Gehöfte unter Lava und Schlacken begruben. Die chilenischen Zeitungen berichten immer wieder, daß erloschene Vulkane wieder Rauch und Feuer ausstossen, die Bergsteiger berichten von den nahezu unerforschten Hochanden oft die Nachricht mit, daß sich neue Krater geöffnet, daß Felsstürze die Landschaft verändern, ganze Wälder durch glühende Lava und Erdstöße verbrannt oder zerissen...

Zwischen den grossen Tragödien von Erdbeben und Vulkanausbrüchen zittert die Erde. "Trembler", "Erdzittern" nennt Chile die kleinen Erdstöße, die fast jede Woche einmal in dieser, dann in jener Stadt die Fenster klirren lassen. Fussböden und Wände wie von unsichtbarer Hand beklopft und wanken lassen. Im zweiten Halbjahr 1959 wurden nicht weniger als 125 "tremblores" vom geologischen Observatorium des Landes verzeichnet. Chile ist das Land der zitternden Erde, aber noch ist die geologische Wissenschaft nicht imstande, vorher zu sagen, wann und wo sich Vulkane und Erde öffnen...

Verantwortlich: Günter Markscheffel